

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 23 – Zwangsarbeitslager in China

Dazu sagt der Vorsitzende  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Karl-Martin Hentschel:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 412.07 / 10.10.2007**

## **Arbeitslager sind Teil des Wirtschaftssystems - Menschenrechte müssen im Rahmen der Partnerschaft thematisiert werden**

Sehr geehrter Herr Präsident , sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Antrag thematisieren wir ein Thema, bei dem wir uns auch an die eigene Nase fassen müssen.

Als wir 1996 in die Regierung gingen, gab es eine lange interne Diskussion, bevor wir uns zögerlich auf die Kontakte mit Zheijang eingelassen haben – in der Folge haben aber auch wir die Notwendigkeit des China-Engagements nicht mehr hinterfragt. Ich selbst war im Rahmen einer Reise des Ältestenrates dort, um Kontakte mit der Regierung, Volkskammer, Wirtschaft und Universität zu pflegen. Die Menschenrechtslage wurde nicht thematisiert.

Jetzt erfahren wir durch die internationale Gesellschaft für Menschenrechte, dass es offensichtlich auch in Zheijang seit vielen Jahren Arbeitslager gibt.

In der Berichterstattung über China dominiert das Wirtschaftswachstum. Die wirtschaftlichen Themen dominieren auch die Gestaltung unserer Partnerschaft mit der Provinz Zheijang.

Doch bei den Arbeitslagern in China handelt es sich um einen festen Bestandteil des Wirtschaftssystems. Laogai bedeutet Umerziehung durch Arbeit. Das Arbeitslager-System versorgt die chinesische Volkswirtschaft mit fast kostenlosen Arbeitssklaven und dient dazu, die politische Opposition und die Forderung nach Menschenrechten zu unterbinden.

1/2

Meine Damen und Herren,  
mit der Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008 an Peking verband sich vor sieben Jahren die Hoffnung auf eine Öffnung Chinas und auf der Verbesserung der Menschenrechtslage. Etwa ein Jahr vor Beginn der Spiele stellt sich die Menschenrechtslage weiter als unzureichend dar.

Gerade bei den Vorbereitungen zu den Spielen, beim Stadtumbau, bei der Errichtung von Sportstätten kam es zu willkürlichen Enteignungen und anderen Zwangsmaßnahmen. Menschen, die dagegen protestiert haben, sind in Haft – vermutlich auch in Laogai-Lagern.

Der erste Artikel unseres Grundgesetzes beginnt mit den Worten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Das ist eine Verpflichtung für uns alle als Vertreter der ersten Gewalt. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

Er soll ein Auftrag an uns alle und an die Landesregierung sein, im Zuge der weiteren Kontakte nach China die Frage der Menschenrechte stärker als bisher zu thematisieren. Der Antrag soll aber auch Anstoß sein für einen bewussteren Umgang mit Waren aus der Volksrepublik China.

Auch kritische Konsumentinnen und Konsumenten können Firmen unter Druck setzen, die Quellen ihrer China-Importe offen zu legen, und ihren KundInnen zu garantieren, keine Produkte aus Arbeitslagern zu verkaufen. Ein ähnlicher Prozess wurde vor vielen Jahren im Bereich der Kinderarbeit in der Teppichproduktion in Gang gesetzt.

Dieser Antrag ist nicht als Sonntagsrede gedacht, sondern muss praktische Auswirkungen haben. Ich gehe davon aus, dass wir alle gemeinsam uns dafür einsetzen werden, dass dieser Antrag umgesetzt wird und dass die Arbeitslager in Zukunft bei allen Besuchen in Zhejiang thematisiert werden. Ich freue mich deshalb, dass es gelungen ist, dass sich alle Parteien des Landtages hinter diesen Antrag gestellt haben.

\*\*\*